

Peter Borowsky

Zwischen Revisionismus und Realismus – die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933

aus

Peter Borowsky

Schlaglichter historischer Forschung

Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Aus dem Nachlass herausgegeben von
Rainer Hering und Rainer Nicolaysen

S. 139–151



Universität Hamburg

Impressum

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf der Verlagswebsite frei verfügbar (*open access*). Die Deutsche Bibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver Der Deutschen Bibliothek verfügbar.

Open access verfügbar über die folgenden Webseiten:

Hamburg University Press – <http://hup.rrz.uni-hamburg.de>

Archivserver Der Deutschen Bibliothek – <http://deposit.ddb.de>

ISBN: 3-937816-17-8 (Printausgabe)

© 2005 Hamburg University Press, Hamburg

Rechtsträger: Universität Hamburg, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland

<http://www.ew-gmbh.de>

Peter Borowsky (1938–2000) war ein engagierter Geschichtsforscher und begeisterter Geschichtsvermittler. Mehr als 30 Jahre lehrte er am Historischen Seminar der Universität Hamburg Neuere Geschichte. Er prägte Generationen von Studierenden nachhaltig durch seine Kompetenz und seine Art, Geschichte lebendig zu vermitteln. Diese wird auch in den 14 Beiträgen zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert deutlich, die hier erstmals veröffentlicht werden. Die Themenpalette reicht von den Hohenzollern bis zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, umfasst die Studenten in der Revolution von 1848, Hamburger Geschichte im 19. Jahrhundert, die Entwicklung von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“, die deutschen Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und den USA. Zwei Texte beschäftigen sich anschaulich mit der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft und dem „Historikerstreit“.

Inhalt

I.	Vorwort der Herausgeber	7
II.	Geschichte der Geschichtswissenschaft	
1.	Deutsche Geschichtswissenschaft seit der Aufklärung (1978/79)	13
2.	Der Historikerstreit	63
	Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um? (1988)	
III.	Geschichte Hamburgs	
1.	Vertritt die „Bürgerschaft“ die Bürgerschaft?	89
	Verfassungs-, Bürger- und Wahlrecht in Hamburg von 1814 bis 1914 (1990)	
2.	Hamburg und der Freihafen	109
	Wirtschaft und Gesellschaft 1888–1914 (1987)	
IV.	Osteuropa	
1.	Zwischen Revisionismus und Realismus – die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933 (1986)	139
2.	Die deutsche Politik gegenüber den baltischen Staaten 1923 bis 1933	153
	Diplomatie im Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und Minderheitenschutz (1991)	
3.	Die Ukraine – ein Nationalstaat?	173
	Systemveränderung und nationale Unabhängigkeit 1917 bis 1920 und heute (1994)	

V. 19. Jahrhundert

1. Studenten in der deutschen Revolution 1848 (1998) 187
2. Die Hohenzollern (1998) 201

VI. Von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“

1. Zwischen Volksheer und Reichswehr 217
Die Auseinandersetzungen über die deutsche
Wehrverfassung 1918/1919 (1992)
2. Wer wählte Hitler und warum? 235
Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse
1928 bis 1933 (1988)
3. Zerstörung oder Zusammenbruch? 255
Das Ende der Weimarer Republik 1929–1933 (1993)

VII. Bundesrepublik

1. Europa oder Amerika? 277
Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und den USA seit dem deutsch-französischen
Vertrag vom 22. Januar 1963 (1993)
2. Die politische Kultur der Bundesrepublik
Deutschland 1966–1983 (1992) 295

VIII. Anhang

- Zeittafel Peter Borowsky 317
- Bibliographie Peter Borowsky 321
- Personenregister 325

Zwischen Revisionismus und Realismus – die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933*

Der Friedensvertrag und seine Folgen

Grundlage der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1918 war der Versailler Friedensvertrag, der interessanterweise nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen meist als Versailler Diktat bezeichnet wurde. Beide Länder hatten auf der Pariser Friedenskonferenz nur eine passive Rolle gespielt; beide hatten das Ergebnis der interalliierten Beratungen – entweder als Verdikt oder als Geschenk – akzeptieren müssen und waren mit der Friedensregelung nicht zufrieden.

In Polen fiel es allerdings Regierung und öffentlicher Meinung erheblich leichter, dieses „Diktat“ zu akzeptieren, als in Deutschland. Wenn auch die Forderung der polnischen Nationaldemokraten nach Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 nicht erfüllt worden war, so hatte die Pariser Friedenskonferenz doch die Unabhängigkeit des polnischen Staates wiederhergestellt und Garantien für dessen weiteres Überleben geschaffen. Der Versailler Vertrag wurde daher zum Grundpfeiler der polnischen Außenpolitik. Erstes Ziel dieser von allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen getragenen Außenpolitik war die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo in Europa und die Abwehr aller revisionistischen Forderungen.

Anders sah es in Deutschland aus. Regierung, Parteien und öffentliche Meinung, von den Nationalisten bis zu den Sozialdemokraten, waren sich einig in der Ablehnung des Versailler Vertrages. Besonderen Unwillen erregten neben der Kriegsschuldthese und den Reparationsforderungen die territorialen Bestimmungen im Osten. Diese trennten Ostpreußen vom Reich

* Vortrag, gehalten am 30. September 1986 im Rahmen des Historiker-Kolloquiums der Universitäten Hamburg, Wien und Budapest zum Thema „Mitteleuropa in den 1920er Jahren“, Budapest, 30. September / 1. Oktober 1986.

durch einen Korridor, der Polen den Zugang zum Meer öffnete. In Masuren und Teilen Westpreußens sowie in Oberschlesien sollte eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Polen oder Deutschland entscheiden, und Danzig wurde eine Freie Stadt unter dem Protektorat des Völkerbundes. Vor allem die ohne Volksabstimmung erfolgende Abtretung Danzigs, von dessen 331.000 Einwohnern 315.000 Deutsche waren, und Westpreußens, dessen Bevölkerung mehrheitlich ebenfalls deutsch war, erregte die nationale Empörung in Deutschland.

Abgeschlossen war die Friedensregelung erst 1921 nach den Volksabstimmungen in Ostpreußen (11. Juli 1920) und Oberschlesien (20. Mai 1921). Das Plebiszit in Südostpreußen ergab eine überwältigende Mehrheit für Deutschland; abgesehen von acht Dörfern blieb dieses Gebiet beim Deutschen Reich. In Oberschlesien stimmten zwar 60 Prozent für den Verbleib bei Deutschland, 40 Prozent für den Anschluß an Polen, doch auf der Kreis- und Gemeindeebene fielen die Ergebnisse, die für die Auswertung des Ergebnisses entscheidend waren, oft anders aus. Die Entscheidung der alliierten Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 stellte keine der beiden Seiten zufrieden und erregte vor allem in Deutschland große Empörung: Polen erhielt ein Viertel des Abstimmungsgebietes mit 44 Prozent der Bevölkerung. Kern der deutschen Kritik an dieser Entscheidung war, daß in diesem nunmehr Polen zugesprochenen Gebiet 44,2 Prozent der Abstimmungsberechtigten für Deutschland votiert hatten und daß es fast das gesamte schlesische Industriegebiet umschloß. Fortan bestimmte das Streben nach Wiedergewinnung Danzigs, Westpreußens und Oberschlesiens die deutsche Politik gegenüber Polen.

Die deutsche Revisionspolitik gegenüber Polen läßt sich vereinfacht in zwei Phasen unterteilen: Vor Locarno war sie gekennzeichnet durch das Bestreben der deutschen Diplomatie, in Zusammenarbeit mit Sowjetrußland Polen zu isolieren und durch diplomatischen und militärischen Druck einer Revision geneigt zu machen. Nach Locarno lief die deutsche Polenpolitik darauf hinaus, die Revision nicht *gegen*, sondern *mit* den Westmächten zu betreiben.

Deutsch-sowjetisches Zwischenspiel in der polnischen Frage

Eine erste Gelegenheit zur Revision der Ostgrenze mit Hilfe Sowjetrußlands schien sich Deutschland zu bieten, als die Rote Armee im sowjetisch-

polnischen Krieg 1920 weit nach Polen hinein vorrückte und Warschau unmittelbar bedrohte. Obwohl sich das Deutsche Reich offiziell für neutral erklärte, standen doch die Sympathien eindeutig auf sowjetischer Seite. Vor allem die innenpolitisch eindeutig antikommunistische Reichswehrführung um General von Seeckt hoffte, daß die Rote Armee mit dem „Saisonstaat“ Polen aufräumen und eine Wiederherstellung der alten deutschen Grenze im Osten ermöglichen werde.

Das „Wunder an der Weichsel“, der Rückzug der Roten Armee, machte diese Hoffnungen zunichte. Aber nicht zu Unrecht sah die polnische Regierung im Rapallo-Vertrag von 1922 eine Spitze gegen Polen. Tatsächlich versuchte die sowjetische Diplomatie bei verschiedenen Gelegenheiten, mit dem polnischen Köder eine engere deutsch-sowjetische Allianz herbeizuführen.

In einigen Unterredungen zwischen Brockdorff-Rantzau und Čičerin war sogar die Rede davon, daß Polen in „seine ethnographischen Grenzen“ zurückgedrängt werden müsse. Doch dem Auswärtigen Amt in Berlin wurde sehr bald klar, daß es den sowjetischen Diplomaten nicht um Polen ging, sondern darum, Deutschland vom Abschluß eines Westpaktes und vom Eintritt in den Völkerbund abzuhalten.

Die Verhandlungen und Sondierungen in Moskau blieben daher letzten Endes ohne Ergebnis, sie zeigen aber das Paradox der deutschen Politik einer friedlichen Revision der Ostgrenze auf: Entweder man wollte Frieden, dann mußte man auf die Revision verzichten, oder man hielt an der Revision fest, dann konnte sie nicht mit friedlichen, sondern nur mit kriegerischen Mitteln erreicht werden (Hitler wählte den zweiten Weg und versicherte sich dafür der sowjetischen Unterstützung).

Locarno und das deutsch-polnische Verhältnis

Auf Locarno braucht hier nur so weit eingegangen zu werden, wie die Abmachungen das deutsch-polnische Verhältnis betrafen.

Der Vorteil der Locarno-Verträge für Deutschland lag darin, daß sie die Garantien im Westen nicht durch eine ebensolche Garantie im Osten ergänzten. Diese Diskrepanz unterminierte die territorialen Bestimmungen von Versailles und ermutigte das deutsche Revisionsstreben. Locarno hatte außerdem einen negativen Effekt auf die französisch-polnischen Beziehungen. Für viele Polen war der Abschluß des Rheinpaktes ein Beweis dafür,

daß Frankreich eine direkte Verständigung mit Deutschland suchte und dafür sein Bündnissystem mit Deutschlands Nachbarn opferte, zumal es in dem deutsch-polnischen Schiedsvertrag nicht als Garantiemacht auftrat. Der Berliner Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion war geeignet, das Gefühl der Isolierung und Bedrohung in Warschau weiter zu steigern. Denn wie beim Rapallo-Vertrag wurde hinter dem offiziellen Text ein geheimes Militärabkommen vermutet.

Der Eintritt in den Völkerbund schließlich ermöglichte es Deutschland, dieses Gremium als internationales Forum zur Propagierung und Begründung seiner Revisionsforderungen zu benutzen. Besonders geeignet war dafür die Situation der deutschen Minderheit in Polen. Nach der polnischen Volkszählung gab es 1921 in Polen gut 1 Million Deutsche, 1927 waren es nur noch 884.000 und 1931 741.000. Die meisten lebten in Westpreußen und Posen. Diese Gruppe war auch die einflußreichste unter der deutschen Minderheit in Polen. Sie bestand zu großen Teilen aus kleinen Landbesitzern, und ihre natürliche konservative Neigung wurde noch verstärkt durch ihren Minderheitenstatus. Ihre wichtigste Organisation war der Deutschtumsbund mit Sitz in Bromberg/Bydgoszcz, der finanzielle Zuwendungen aus privaten und öffentlichen Quellen in Deutschland erhielt. Über die Höhe ist nichts Genaues bekannt. Für damalige Verhältnisse scheinen sie aber beträchtlich gewesen zu sein.¹

Maßnahmen der polnischen Regierung gegen die deutsche Minderheit, vor allem Ausweisungen und Zwangsaufkäufe von deutschem Eigentum sowie Behinderungen ihrer politischen Betätigung, wurden durch die deutsche Delegation vor den Völkerbund gebracht. Die deutsche Diplomatie benutzte diese Gelegenheiten, um die internationale Aufmerksamkeit auf die unhaltbare Situation der deutschen Minderheit in Polen zu lenken und eine Revision zu fordern.

¹ Harald von Riekhoff: *German-Polish Relations 1918–1933*. Baltimore–London 1971, 212 ff.

Mittel und Methoden der deutschen Revisionspolitik nach Locarno²

Die Behandlung der Minderheitenproblematik weist auf ein Grundmuster von Stresemanns Polenpolitik hin. Während seiner gesamten Amtszeit als Außenminister verfolgte er das Ziel einer Revision der deutsch-polnischen Grenze mit zäher Beharrlichkeit und großer Vorsicht. Seine Strategie bestand darin, den deutsch-polnischen Konflikt nicht als ein ausschließlich bilaterales Problem zu behandeln, sondern ihn bewußt zu einem europäischen Problem hochzustilisieren. In Europa sollte die Überzeugung wachsen, daß internationale wirtschaftliche und politische Kooperation nur möglich war, wenn das „polnische Problem“ gelöst worden sei. Stresemann selbst hat in seinem Memorandum an den deutschen Botschafter in London vom April 1926 die Lösung der „polnischen Frage“ als die „vielleicht wichtigste Aufgabe der europäischen Politik überhaupt“ bezeichnet.³

Um das Ziel einer Revision der Ostgrenze zu erreichen, bediente sich die deutsche Außenpolitik verschiedener Mittel und Methoden. Im folgenden will ich noch kurz eingehen auf erstens: die Propaganda, zweitens: Kompensationsvorschläge und drittens: wirtschaftliche Druckmittel.

1. Um die Einsicht, daß eine Revision der deutschen Ostgrenze im europäischen Interesse sei, überall zu verbreiten, unterstützte das Auswärtige Amt in Berlin finanziell und organisatorisch eine Fülle von Publikationen deutscher und ausländischer Autoren, die nachwiesen, daß Versailles sowohl ungerecht als auch unklug gewesen sei und daß der gegenwärtige Zustand eine ständige Gefahr für den europäischen Frieden bedeutete. Deutsche Diplomaten im Ausland wurden von Berlin angewiesen, dieses Material bei passenden Gelegenheiten zu benutzen, und zwar nicht nach dem französischen Motto bezüglich Elsaß-Lothringen – dauernd daran denken, aber nie davon sprechen –, sondern nach dem Motto „dauernd davon sprechen, aber leise“.

Diesen Aktivitäten gelang es tatsächlich, Verständnis für die deutsche Position in der englischen und amerikanischen Öffentlichkeit, aber auch bei

² Vgl. ebd., 226 ff.

³ Zitiert nach Karl Dietrich Erdmann: Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarno-Politik Stresemanns. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 6 (1955), 133–162, 137.

den Regierungen in Paris und London zu wecken. Deutsche Diplomaten zogen daraus den Schluß, daß ihre revisionistische Zielsetzung realistisch und durchsetzbar sei. In Wirklichkeit ging jedoch das Verständnis etwa der französischen Regierung für die deutsche Position nicht so weit, daß Paris etwa Druck auf seinen polnischen Verbündeten ausgeübt hätte mit dem Ziel, den deutschen Forderungen entgegenzukommen.

2. Um die Grenzrevision im Osten zu erreichen, wurden im Berliner Auswärtigen Amt alle möglichen und unmöglichen Überlegungen angestellt. Eine wichtige Rolle in diesen nie realisierten Plänen spielte Litauen als Austauschobjekt. Für einen Verzicht auf den Korridor und Danzig sollte Polen entschädigt werden mit einem Zugang zur See durch Abtretung litauischen Territoriums bzw. durch das Memelgebiet oder sogar durch die Annexion ganz Litauens. Daß Litauen solchen Plänen nicht zustimmen würde, war klar. Zweifelhaft war aber auch, ob Polen einer solchen Kompensationslösung zustimmen würde. Daß das Projekt im deutschen Auswärtigen Amt 1925 bis 1928 trotzdem immer wieder neu erörtert wurde,⁴ zeigt nur, wie sehr die ständige Beschäftigung mit der Revision der Ostgrenze die Wahrnehmungsfähigkeit der deutschen Diplomaten für die politischen Realitäten in Ost- und Mitteleuropa eingeschränkt hatte.

Immer wieder hatte die deutsche Diplomatie erlebt, daß die Revision der deutsch-polnischen Grenze für die polnische Seite kein Verhandlungsthema war. Die öffentliche Meinung Polens betrachtete den Wiedergewinn der westlichen Provinzen als einen Akt historischer Gerechtigkeit. Und selbst die kleinste Grenzberichtigung wäre unter diesem Gesichtswinkel als Ausverkauf polnischen Bodens betrachtet worden, als Verzicht auf eine legitime historische Forderung, welche die Existenzberechtigung des polnischen Staates in Frage stellte und zum Vorspiel einer erneuten Teilung Polens zu werden drohte.

In Deutschland war der Glaube weit verbreitet, Pilsudski würde und könnte einer territorialen Revision der deutsch-polnischen Grenze zustimmen; dabei wurde jedoch übersehen, daß auch ein charismatischer Diktator wie Pilsudski nicht gegen die Mehrheitsmeinung der polnischen Nation hätte handeln können.

⁴ Riekhoff (Anm. 1), 253.

Die kompromißlose Haltung Polens entzog dem deutschen Konzept einer friedlichen Revision der Ostgrenze die Grundlage. Eine Grenzrevision ohne die Mitwirkung Polens, ein Oktroi der Großmächte, wie er 1938 der Tschechoslowakei aufgezwungen wurde, ist zwischen 1919 und 1933 weder in Deutschland noch bei den Westmächten erwogen worden.⁵

3. Der wirtschaftliche Hebel: Eine wichtige Funktion für die deutsche Revisionspolitik kam den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu. Nach dem Krieg war Deutschland Polens wichtigster Handelspartner. Eine Intensivierung dieser wirtschaftlichen Beziehungen schien für beide Seiten eine logische Entwicklung zu sein, da sich beide auch von der Struktur ihrer Volkswirtschaften her ergänzten. Zwischen 1920 und 1922 hatte Deutschland Polen praktisch einen Handelskrieg erklärt, danach entwickelte sich der Handel wieder in halbwegs normalen Bahnen. Als 1925 die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die einen gewissen Schutz für Polen bedeuteten, ausliefen, versuchte Polen sich durch diskriminierende Maßnahmen gegen deutsche Importe zu schützen. Darauf antwortete Berlin mit Extrazöllen und Kontingentierungen auf Kohle und Schweinefleisch aus Polen. Mit den gegenseitigen Vergeltungsmaßnahmen schaukelten Deutschland und Polen ihren wirtschaftlichen Konflikt zu einem regelrechten Handelskrieg hoch, der trotz endloser Verhandlungen und Zwischenabkommen praktisch bis zum Jahre 1934 andauerte.

Offenbar hat Stresemann noch 1926 an die Möglichkeit geglaubt, daß man durch wirtschaftlichen Druck Polen zu territorialen Zugeständnissen zwingen könnte. Am 19. April 1926, wenige Tage vor der Unterzeichnung des Berliner Vertrages mit Sowjetrußland also, schrieb er an den deutschen Botschafter in London:

„Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage, die unseren Forderungen wirklich gerecht wird, wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat. Solange sich das Land noch irgendwie bei Kräften befindet, wird keine polnische Regierung in der Lage sein, sich auf eine friedliche Verständigung mit uns über die Grenzfrage einzulassen.“

⁵ Ebd., 292.

Deshalb müsse es, „in der großen Linie gesehen“, das Ziel der deutschen Politik sein, „eine endgültige und dauerhafte Sanierung Polens so lange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif und bis unsere politische Machtstellung genügend gekräftigt ist“.⁶

Andererseits waren deutsche Diplomaten bereits Ende 1925 zu der Einsicht gelangt, daß wirtschaftlicher Druck die angestrebte *friedliche* Revision der deutschen Ostgrenze nicht bringen könne und daß überhaupt das Konzept der friedlichen Revision fragwürdig sei. Und am 11. Juni 1926 schrieb der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, an den Direktor der Ostabteilung, Herbert von Dirksen:

„Ich glaube nicht, daß man territoriale Fragen zusammen mit finanziellen lösen kann, und ich glaube nicht, daß in Polen ein solches Maß an Verarmung und ein solcher Zwang zur Stabilisierung eintreten wird, daß irgendeine polnische Regierung bereit oder willens sein dürfte, für ihre finanzielle Rettung mit der Abtretung von Territorium zu bezahlen. Der Korridor und Oberschlesien werden zum Deutschen Reich zurückkehren nur als Ergebnis eines Krieges und des damit verbundenen machtpolitischen Umsturzes in Polen, aber niemals als Ergebnis noch so logischer und notwendiger ökonomischer Erwägungen.“⁷

Die sich daraus ergebende Schlußfolgerung, daß Deutschland entweder militärisch vorgehen müsse oder seine Revisionsforderung wenn nicht offiziell, so doch stillschweigend aufgeben solle, ließ Rauscher allerdings unausgesprochen.

Damit kommen wir zu den militärischen Aspekten der deutschen Revisionspolitik. Stresemann selbst hat in öffentlichen Erklärungen wie in vertraulichen Instruktionen militärische Gewalt als Mittel zur Revision der Ostgrenze stets verworfen. Freilich sind diese Erklärungen meist kombiniert mit der Feststellung, daß Deutschland der gewaltsame Weg zur Revision wegen seiner militärischen Schwäche verwehrt sei. Wieweit Stresemann sein Konzept der friedlichen Revision nur verfolgte, weil und solange Deutschland die militärischen Machtmittel fehlten, oder ob dahinter eine

⁶ Zitiert nach Erdmann (Anm. 3), 150.

⁷ Zitiert nach Riekhoff (Anm. 1), 258.

prinzipielle Position stand, die den Krieg als Mittel der Politik generell ablehnte, wird in der Stresemann-Forschung unterschiedlich beantwortet.⁸ Auf jeden Fall war sich Stresemann der Tatsache bewußt, daß ein deutscher Angriff auf Polen Deutschland in einen neuen Weltkrieg verwickelt hätte.

Als der Chef des Truppenamtes, Oberst von Blomberg, ihm den Bericht eines Kriegsspiels der Reichswehr über einen lokalisierten Krieg mit Polen vorlegte, das davon ausging, „daß einerseits unsere Beziehungen zu Frankreich so sehr gefestigt sind, daß mit seinem Eingreifen gegen uns nicht gerechnet zu werden braucht, andererseits Rußland von innerpolitischen Kämpfen so stark in Anspruch genommen wird, daß es keine Bedrohung für Polen darstellt“, kommentierte Stresemann diese politische Kurzsichtigkeit der Militärs mit der sarkastischen Bemerkung:

„Ferner wird anscheinend angenommen, daß England das Opfer eines Seebebens wurde und Amerika teils durch Wirbelstürme, teils durch falsche Spekulationen dem Ruin anheimfiele, während die Tschechoslowakei vollständig mit dem Abschluß von Konkordatsverhandlungen beschäftigt war.“⁹

Tatsächlich machte das militärische Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Polen jeden Versuch einer gewaltsamen Grenzrevision illusorisch: Dem 100.000-Mann-Heer der deutschen Reichswehr stand eine polnische Armee von insgesamt 265.000 Mann gegenüber. Davon war mehr als die Hälfte an der Grenze zu Deutschland stationiert. Auch die Bildung von Grenzschutzformationen im Osten konnte dieses Ungleichgewicht nicht verändern. 1930 hatte der Grenzschutz, dessen Mitglieder sich vornehmlich aus dem Stahlhelm, später auch aus der SA rekrutierten, eine Stärke von 30.000 Mann. Diese Einheiten waren schlecht bewaffnet und ungenügend trainiert, so daß General Groener sie einfach als „Mist“ abtat.

⁸ Henry L. Bretton: Stresemann and the Revision of Versailles. A Fight for Reason. Stanford u. a. 1953, 13, 117; Hans Wilhelm Gatzke: Stresemann and the Rearmament of Germany. Baltimore 1954, 115.

⁹ Erdmann (Anm. 3), 149 f.

Die Frage der Alternativen

Schied die militärische Revision der deutschen Ostgrenze aus den dargelegten Gründen aus, so blieb als Alternative nur der Verzicht auf die Revision. In den Jahren 1925 bis 1930 normalisierte sich das deutsch-polnische Verhältnis in einem gewissen Maße. Es gab Begegnungen zwischen Parlamentsabgeordneten aus Berlin und Warschau, die vor allem von den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen und den liberalen Parteien beider Länder initiiert wurden. 1927 wurde in beiden Ländern sogar ein deutsch-polnisches Verständigungskomitee gegründet, dessen Mitglieder in Deutschland aus der sozialdemokratischen Partei, aus dem Zentrum und aus der DDP kamen und dessen Aktivität und Zielsetzung vom Auswärtigen Amt mit äußerstem Mißtrauen beobachtet wurden.

Diese und ähnliche Aktivitäten spielten sich aber am Rande der öffentlichen Aufmerksamkeit ab, und das Revisionsproblem blieb bei diesen Begegnungen grundsätzlich ausgeklammert, denn die meisten deutschen Teilnehmer an solchen Gesprächen hielten an dem deutschen Revisionsanspruch fest. Eine Ausnahme waren lediglich engagierte Pazifisten und Befürworter einer deutsch-polnischen Freundschaft wie Helmut von Gerlach und Friedrich Wilhelm Förster.

Auch die deutschen Sozialdemokraten haben nie offiziell und öffentlich auf den Revisionsanspruch im Osten verzichtet. Ihre Position unterschied sich dennoch von der der „nationalen“ Parteien: Sie schlossen eine Revision der Ostgrenze nicht prinzipiell aus, akzeptierten aber die existierenden Verhältnisse für die absehbare Zukunft und traten daher für eine Normalisierung des Verhältnisses zu Warschau ein.

1927 veröffentlichte der *Vorwärts* über das deutsch-polnische Verhältnis einen Artikel, der das Bemühen erkennen ließ, die Realitäten zu akzeptieren, ohne den deutschen Anspruch formell aufzugeben. Der Verfasser stellte fest, daß es keine Anzeichen für einen freiwilligen Verzicht Polens auf die Westgebiete gebe, daß es auch unrealistisch wäre, auf internationalen Druck in dieser Frage zu hoffen. Und diejenigen, die in einem europäischen Krieg eine Lösung des Problems sahen, wurden gewarnt, daß als Ergebnis eines solchen Krieges viel mehr zu beklagen sein würde als der Verlust des Korridors. Deutschland solle den Status quo stillschweigend

akzeptieren und als Basis für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zu Polen benutzen.¹⁰

Liquidations-Abkommen und Handelsvertrag

Zeichen einer solchen Normalisierung schienen zwei wichtige Abkommen zu sein, die zur Zeit der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller von Deutschland und Polen unterzeichnet wurden: das Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929 und der deutsch-polnische Handelsvertrag vom 17. März 1930.

Im Liquidationsabkommen verzichteten beide Seiten auf die finanziellen Forderungen, sowohl staatlicher wie privater Art, die als Folgen des Weltkrieges und des Versailler Vertrages entstanden waren. Außerdem verzichtete Polen darauf, seine im Versailler Vertrag begründeten Rechte auf Liquidierung deutschen Eigentums weiterhin wahrzunehmen. Das Abkommen sicherte der deutschen Minderheit in Polen Eigentum und wirtschaftliche Existenz.

Auch der nach fünfjährigem Tauziehen endlich am 17. März 1930 unterzeichnete deutsch-polnische Handelsvertrag enthielt Bestimmungen, die die Situation der deutschen Minderheit in Polen verbesserten. Im übrigen zog er einen Schlußstrich unter den deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg, der beiden Seiten wirtschaftliche und politische Verluste gebracht hatte. Die Gelegenheit, gemeinsame wirtschaftliche Interessen zu realisieren und daraus eine Brücke für politische Aktivitäten zu bauen, war versäumt worden, das deutsche Kalkül, Polen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen, nicht aufgegangen. Im Gegenteil: Am Ende des Wirtschaftskrieges war die polnische Wirtschaft weniger abhängig von der deutschen als bei seinem Beginn. Polen hätte sich auch ohne den wirtschaftlichen Konflikt mit Deutschland sicherlich industrialisiert. Unter den gegebenen Umständen aber hatte der Industrialisierungsprozeß an Tempo gewonnen, und Polen hatte gleichzeitig seinen Seehandel gesteigert und den Hafen von Gdingen als Konkurrenz zu Danzig ausgebaut.

¹⁰ Vorwärts vom 7.9.1927; zitiert bei Riekhoff (Anm. 1), 310.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag ist nie ratifiziert worden

Der Reichsrat gab seine Zustimmung zum deutsch-polnischen Handelsvertrag am 28. Mai 1930, im Reichstag wurde er in erster und zweiter Lesung am 25. und 27. Juni 1930 angenommen. Brüning's Entscheidung, den Reichstag aufzulösen, machte dann die endgültige Ratifikation unmöglich, denn die Reichstagswahlen vom September 1930 brachten bekanntlich den Erdrutsch zugunsten der Nationalsozialisten. Eine Mehrheit für die Ratifikation des Vertrages ließ sich bis zum Ende der Weimarer Republik nicht mehr finden. Der Wirtschaftskrieg zwischen beiden Ländern ging in vermindertem Maße weiter, bis durch ein Abkommen zwischen der Hitlerregierung und der polnischen Regierung am 7. März 1934 beide Seiten auf Vergeltungsmaßnahmen verzichteten und normale Zolltarife zur Regulation ihres Handels beschlossen (deutsch-polnischer Nichtangriffspakt am 26. Januar 1934).¹¹

Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die deutsche Forderung nach einer Revision der Ostgrenze einen negativen Effekt auf alle übrigen Bereiche der deutsch-polnischen Beziehungen ausübte und eine wirkliche Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen verhinderte. Solange Deutschland an seinen territorialen Ansprüchen festhielt und jede Gelegenheit wahrnahm, diese Ansprüche vor einem internationalen Forum anzumelden, fürchtete Polen um seine Existenz, denn eine Revision der Westgrenze wurde in der öffentlichen Meinung Polens als Vorspiel zur vierten Teilung Polens angesehen.

Die Mehrzahl der deutschen Diplomaten, Militärs und Regierungsbeamten sowie die Mehrheit der politischen Parteien und der öffentlichen Meinung waren nicht bereit oder nicht in der Lage, diese Tatsache anzuerkennen. Und so beraubte der „revisionistische Kreuzzug“¹² gegen Polen Deutschland der Früchte, die eine Verständigung mit Polen hätte haben können. Ei-

¹¹ Riekhoff (Anm. 1), 192.

¹² Ebd., 384.

ne solche Verständigung hätte wirtschaftliche Vorteile für beide Seiten gebracht, hätte die Lage der deutschen Minderheit in Polen leichter gemacht und hätte Deutschland einen gewissen Einfluß in den abgetretenen Regionen gesichert. Darüber hinaus hätte eine Verständigung mit Warschau das antideutsche Element aus dem französischen Bündnissystem entfernt und zu einer Festigung der deutsch-französischen Verständigung führen können.¹³

Vielleicht hätte eine Ausweitung der sozialdemokratischen Position, die formal den Revisionsanspruch aufrechterhielt, ihn aber nicht forcierte und sich statt dessen auf die Regelung aktueller Probleme konzentrieren wollte, eine graduelle Milderung der revisionistischen Stimmung in Deutschland herbeiführen können, wenn ein solcher Prozeß durch eine intensive öffentliche Informationskampagne unterstützt worden wäre. Aber die Informationspolitik aller Regierungen der Weimarer Republik verlief genau in die andere Richtung und versuchte, das Streben nach Revision der Ostgrenze ständig lebendig zu erhalten. Unter diesen Bedingungen war die öffentliche Meinung in Deutschland eines der größten Hindernisse für einen Verzicht auf den Revisionsanspruch im Osten und für eine Normalisierung des Verhältnisses zu Polen. Wie wir heute wissen, ist es ein langer Prozeß, ehe sich die öffentliche Meinung zu einem grundsätzlichen außenpolitischen Problem grundlegend wandelt. Es hat mehr als 20 Jahre gedauert, ehe Regierung und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik bereit waren, die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze zu akzeptieren. Die Lebensdauer der Weimarer Republik war wesentlich kürzer, und keine ihrer politischen Parteien und Regierungen war bereit, einen Standpunkt einzunehmen, der zu einer langsamen Änderung der öffentlichen Meinung in Bezug auf Polen hätte führen können.

¹³ Ebd., 384 f.